

VIelfalt & GEFLÜCHTETE

Titel	Seite
Büro für Antidiskriminierungsarbeit stärken	3
Institutionelle Förderung für Projekt 100% MENSCH	4
Ausbildungscampus der Partnerschaft für Integration fortführen	7
Förderung des Feministischen Gesundheitszentrums Stuttgart e.V. ffgz	8
Beratungsstelle FrauenFanal – Mehrbedarf decken und Beratungsangebote garantieren	10
Vielfalt braucht Öffentlichkeit und Sichtbarkeit – CSD Kulturprogramm fördern	12
Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung nach sexualisierter Gewalterfahrung	14
Interkulturelle Brückenbauer*innen evaluieren und fortführen	16
Stadtteil- und Quartierstreff MOSAIK fördern	17
Koloniale Geschichte der Stadt Stuttgart aufarbeiten	18
Partnerschaft für Demokratie stärken - Bildungsprojekte gegen Rassismus fördern	19
Aufsuchende Befragung älterer Menschen mit und ohne Migrationshintergrund finanzieren	21
Kinderbetreuung bei Deutschkursen im Rahmen der Landesförderung VwV Deutsch ausbauen	22
Städtischen Dolmetscherdienst neu aufstellen und fördern	23
Treffpunkt, Fach- und Beratungsstelle für Regenbogenfamilien fördern	24
MediA Gesundheitliche Versorgung von Menschen in Wohnungsnot verbessern MedMobil-Angebote, um Kapazitäten für Frauen und Menschen mit Psychischen Problemen erweitern	27
Koordinations- und Gesamtleitungsstelle für das Themenfeld „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt (LSBTTIQ)“ für unsere Stadt schaffen	29
Pakt für Integration fortsetzen	31
Aktivierende und therapiebegleitende Maßnahmen zur Integration traumatisierter Flüchtlinge und deren Kinder	33
Ein Regenbogenhaus für Stuttgart – Planungsstelle zur Erstellung einer Vorstudie	34
Geflüchteten vor Ort helfen - Stuttgarter Hilfsorganisation STELP e.V. fördern	36
Aufstockung der Beratungsstellen für lesbische, schwule, bisexuelle und queere Menschen	38
Weiterführung des Projekts Regenbogen.Bildung	40
Beratungsangebote für transsexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen in Stuttgart aufbauen	42
MedMobil – Finanzierung und Erweiterung um MediA, Baustein 1: Allgemeinmedizin	44
Wege aus der Armutprostitution – Weiterführung des Projekts Bella+ von Lagaya e.V. und Caritasverband Stuttgart e.V.	46
Beratung für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution mit Fluchthintergrund – Kooperationsprojekt von FIZ und AGDW unterstützen	48

VIELFALT & GEFLÜCHTETE

Weiterentwicklung und Erweiterung von STOP: Intervention, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit unter dem Dach der Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt	50
<u>Summe: 29 Anträge</u>	

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff
Büro für Antidiskriminierungsarbeit stärken

Wir beantragen:

1. Das Büro für Antidiskriminierungsarbeit wird von einer aktuell 50% Stelle auf eine 100% Stelle erweitert im DHH 2020/2021 ff. aufgestockt.


(Kosten 2020: 35.000 Mio. € / 2021: 35.000 € / ff.)

Begründung:

Die gesellschaftliche Stimmung verroht immer mehr - auch in Stuttgart - und es ist unsere Aufgabe als Stadt die präventive Arbeit des Büros für Antidiskriminierung finanziell zu stärken.

Das Büro für Antidiskriminierungsarbeit ist beim Stadtjugendring Stuttgart e.V. angesiedelt und bietet eine professionelle Einzelberatung für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen gemäß des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und darüber hinaus. Zudem umfasst das Angebot Weiterbildungen, Öffentlichkeitsarbeit und die Vernetzung mit relevanten Akteur*innen.

Die Wahrnehmung des Büros als kompetente Ansprechpartnerin zeigt sich in den zahlreichen Anfragen nach Statements, Fortbildung und Beratung von Presse, Kooperationspartner*innen, neuen Institutionen und Ratsuchenden. Eine kritische Analyse der Aufgaben und Maßnahmen zeigt die Lücken auf, die bisher noch nicht vollumfänglich geschlossen werden konnten.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Institutionelle Förderung für Projekt 100% MENSCH

Wir beantragen:

1. Die Finanzierung von 1,5 Stellen und institutionelle Förderung des Projekts 100% MENSCH gemeinnützige UG (gUG) im DHH 2020/2021
(Kosten 75.000 € p. a. aufgeteilt in 45.000 € Kulturamt und 30.000 € OB-ICG).

Begründung:

Das Projekt 100% MENSCH gemeinnützige UG arbeitet seit 2014 für die vollständige rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen/ romantischen Orientierung und ihrem Geschlecht. Empowerment, Stärkung von Diversity-Strategien, Aufklärung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Sichtbarkeit, niederschwellige Ansprache durch Kunst und Musik sowie Barrierefreiheit stehen dabei im Mittelpunkt der Arbeit.

Das Projekt 100% MENSCH besteht derzeit aus einer hauptamtlichen Geschäftsführung und einer Bürokräft in Teilzeit (50 %). Ein Team von ca. 20 ehrenamtlich Mitarbeitenden unterstützt diese Arbeit maßgeblich.

Die große Diversity-Kunstaussstellung WE ARE PART OF CULTURE (WAPOC) von 100% Mensch verbindet interdisziplinär geschickt Kunst, Geschichte, Gesellschaftspolitik und Aufklärung. Die Ausstellung trägt maßgeblich zur Sichtbarmachung und Identitätsbildung von LSBTTIQ bei und wurde Bundesauswahl des renommierten StartSocial Wettbewerbs unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel gewählt.

VIelfalt & GEFLÜCHTETE

Nach 22 Ausstellungen und über 60 Veranstaltungen wurde eine überaus erfolgreiche Tour durch die größten deutschen Bahnhöfe Mitte 2019 beendet. Damit endete auch die Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

Durch das Auslaufen der Bundesfördermittel im Sommer 2019 ist die Zukunft der Ausstellung und der zivilgesellschaftlichen Fort- und Weiterbildungsarbeit von 100% Mensch in akuter Gefahr. Die Erfahrung der letzten zwei Jahre hat gezeigt, dass für die zeitaufwendige Betreuung und Erweiterung der Ausstellung, der Begleitveranstaltungen (Talkrunden) sowie Vortrags- und Informationsveranstaltungen zwei 75 % Stellen notwendig sind.

Beim Thema LSBTTIQ handelt es sich um ein klassisches Querschnittsthema, welches sich nicht eindeutig einem Ressort zuweisen lässt. Daher beantragen wir eine gemeinsame Förderung durch das Kulturamt (Kunstaussstellung WE ARE PART OF CULTURE, 60% der Projektmittel) sowie die OB-ICG (Querschnittsthema LSBTTIQ, Diskursveranstaltungen, Publikationen, Aufklärungs- und Sichtbarkeitsveranstaltungen, 40% der Projektmittel).

Antrag Kulturamt / 45.000 € p. a.

1. Durchführung der LSBTTIQ-Kunstaussstellung **WE ARE PART OF CULTURE** in unterschiedlichsten öffentlichen Räumen in Stuttgart (Bezirksrathäuser, Volkshochschulen, Einkaufszentren etc.).
2. Durchführung der Ausstellung WE ARE PART OF CULTURE in den Stuttgarter Partnerstädten wie St. Helens, Cardiff, Straßburg, Lodz, Brünn und Samara.
3. Ausstellung in St. Louis/USA (60 Jahre Städtepartnerschaft) im Jahr 2020.
4. Stetige Erweiterung der Ausstellung um weitere Persönlichkeiten und Kunstwerke. Dabei Fokussierung auf intersektionale Gruppen (z.B. Black and People of Colour (BPoC)) sowie schwer erreichbare Communities (z.B. türkischer, arabischer, russischer Kulturraum).
5. Fokussierung auf Stuttgarter Künstler*innen bei der Erstellung neuer Portraits.

Antrag OB-ICG / 30.000 € p. a.

6. Etablierung einer niederschweligen und interdisziplinären Talkundenreihe (**100% MENSCH Talk**) in Stuttgart zu Vielfalt und Gesellschaft (z.B. LSBTTIQ-Feindlichkeit, Rassismus, (Queer-)Feminismus, Sexismus, Antisemitismus, Demokratieentwicklung etc.). Die Info Talkrunden wenden sich ausdrücklich an die gesamte Stadtgesellschaft – Ziel ist die Vermittlung von Basiswissen und somit eine Ergänzung zum wissenschaftlichen Diskurs.
7. Ausbau der Informations- und Aufklärungspublikationen zu sexueller/romantischer Orientierung und Geschlecht sowie die Entwicklung weiterer Aktionen und Publikationen zum Querschnittsthema LSBTTIQ.
8. Durchführung von Veranstaltungen zum Transgender Day of Visibility und Transgender Day of Remembrance. Organisation des Trans* Pride Days Stuttgart. Alle drei Veranstaltungen dienen der Sichtbarmachung und dem Empowerment (Selbstermächtigung) von transsexuellen/transgender/inter/nicht-binären Personen sowie der Aufklärung und Information der Stadtgesellschaft.

Die niederschweligen Kampagnen zur Vermittlung von Wissen und Informationen an die Gesellschaft sind inhaltlich, finanziell und zeitlich sehr aufwendig. Sie erfordern Kontinuität und ein gesichertes Arbeitsumfeld. Die Ausstellung WE ARE PART OF CULTURE, der

VIELFALT & GEFLÜCHTETE

100% MENSCH Talk und die Durchführung der Aufklärungs- und Empowerment-Kampagnen und -veranstaltungen und die damit verbundenen notwendigen Personalkosten sind mit den bestehenden Mitteln nicht leistbar.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Ausbildungscampus der Partnerschaft für Integration fortführen


Wir beantragen:

1. Die Fortführung des Ausbildungscampus der Partnerschaft für Demokratie im DHH 2020/2021 ff. zu finanzieren. (GRDrs 669/2019)

(Kosten 2020: 119.000 € / 2021: 123.000 € / ff.)

Begründung:

Das Projekt Ausbildungscampus hat die Aufgabe übernommen, geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einer schwierigen Schul- und Ausbildungsbiografie den Zugang zur Erwerbstätigkeit mit einer weitergehenden und spezifischen Unterstützung zu ermöglichen. Die finanzielle Absicherung des Ausbildungscampus ist nicht nur sinnvoll, sondern auch dringend erforderlich.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Förderung des Feministischen Gesundheitszentrums Stuttgart e.V. ffgz

Wir beantragen:

Die Stadt unterstützt das Feministische Frauengesundheitszentrum Stuttgart e.V. ffgz Stuttgart wie folgt:

1. Es wird ein **jährlicher Betriebskostenzuschuss** in Höhe von jährlich **10.668 Euro** gewährt; dieser setzt sich zusammen aus den monatlichen Kosten für die Finanzierung von Räumlichkeiten (750€), Mitgliedschaften bei Dachverbänden (39€x) und für Büromaterial (100€)
2. Es werden jährliche Kosten in Höhe von **42 987 Euro** für eine **Vollzeit-Koordinationsstelle** zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Beratungsangebots übernommen, wobei es sich um eine Stelle mit Master-Abschluss in Gesundheitsmanagement, Kulturmanagement, Soziale Arbeit oder vergleichbare Qualifikation (TvöD E12) handelt.
3. Das ffgz erhält **Honorarmittel für externe ganzheitliche Beratungen** in den Räumen des ffgz in Höhe von **12 960 Euro jährlich**; dieser Betrag fußt auf die Durchführung von Beratungen, die einmal wöchentlich über drei Stunden stattfinden mit einem Stundensatz von 90€/Stunde.

Begründung:

Das Feministische Frauengesundheitszentrum Stuttgart e.V. ffgz hat das Ziel, präventive Selbsthilfe auf Augenhöhe für selbstbestimmte Frauen zu leisten. Frauen sollen sich als wissende und handelnde Subjekte mit ihrem Körper auseinandersetzen und über Therapie- und Präventionsmöglichkeiten selbstbestimmt entscheiden. Damit wären sie weniger stark abhängig von einem zunehmend ökonomisierten und damit wirtschaftlichen Zwängen unterlegenen Gesundheitswesen. Frauen tauschen sich untereinander aus, holen sich ganzheitliche Beratung mit einem feministischen Blick in Gesundheitsfragen, in Fragen hormoneller Umstellungen/Wechseljahre, der Monatshygiene, Zyklusstörungen und vieles andere mehr ein. Mittels der Hilfe vielfältiger Ehrenamtlicher aus den unterschiedlichsten Bereichen – Sozialarbeiter*innen, Heilpraktiker*innen, Künstler*innen, Techniker*innen,

VIELFALT & GEFLÜCHTETE

Wissenschaftler*innen etc. – können sich Frauen Wissen über ihren Körper aneignen und lernen über ihren Körper und Lebenswandel selbstbestimmt zu entscheiden.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

VIelfalt & GEFLÜCHTETE



Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Beratungsstelle FrauenFanal – Mehrbedarf decken und Beratungsangebote garantieren

Wir beantragen:

1. 0,25 Stellenanteil für eine Fachkraft für die Beratungsstelle FrauenFanal im Rahmen des DHH 2020/2021 zusätzlich

Begründung:

Die städtische Beratungsstelle FrauenFanal bietet Hilfe und wichtige Unterstützung für Frauen an, die körperliche und/oder seelische Gewalt in Beziehungen erlebt haben, die sich in einer konfliktreichen Trennungs- oder Scheidungssituation befinden, von Stalking betroffen sind, über Aufenthalt im Frauenhaus nachdenken oder nach einem Frauenhausaufenthalt weitere Unterstützung benötigen.

Um einen Ausgleich für das gestiegene Beratungsaufkommen der städtischen Beratungsstelle FrauenFanal (FF) 2014 - 2016 analog zu BIF zu erhalten, das bereits mit GRDRs 540/2017 "Beratung und Information für Frauen (BIF) von Frauen helfen Frauen e.V. – städtische Förderung ab dem Jahr 2018" dargestellt wurde, ist die Schaffung von 0,25 Stellenanteilen notwendig.

Auch die Zahlen der letzten beiden Jahre, 2017-2018, bestätigen die Tendenz steigender Beratungszahlen und wachsender Zeitintensität je Fall. Die Erhöhung ist notwendig, um insbesondere geflüchtete Frauen und Frauen mit Behinderung, die zunehmend Hilfe suchen, weiterhin individuell angemessen Beratungen bieten zu können.

VIELFALT & GEFLÜCHTETE



Thomas Adler Hannes Rockenbach

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

VIelfalt & GEFLÜCHTETE



Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
--------------------------------	-----

Eingang bei L/OB:
Datum:
Eingang bei: 10-2.1
Datum:

Uhrzeit:
Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Vielfalt braucht Öffentlichkeit und Sichtbarkeit – CSD Kulturprogramm fördern

Wir beantragen:

den IG CSD Stuttgart e.V. als gemeinnützigen Trägerverein des Christopher Street Days im DHH 2020/2021 und ff mit Projektmitteln in Höhe von 30.000 € p.a. finanziell zu fördern (GRDs 453/2019)
(Kosten 2020: 30.000€ / 2021: 30.000€)

Begründung:

Die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit des gemeinnützigen Trägervereins des Christopher Street Day (CSD)-Kulturfestivals soll dabei unterstützen, faire Gagen und Aufwandsentschädigungen bei den kulturellen Programmen des CSD Stuttgart zu gewährleisten (Kulturförderung). Zudem sollen die Mittel helfen, eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit rund um das Kulturfestival und die vorhandene Vielfalt in der Stadt, aber vor allem darüber hinaus zu betreiben (Tourismusförderung).

Die Landeshauptstadt Stuttgart präsentiert jedes Jahr im Juli ihre Weltoffenheit und Vielfalt. Im Rahmen des jährlichen Christopher Street Day (CSD) in Stuttgart werden die LSBTTIQ-Lebensrealitäten sichtbar und erlebbar. Organisiert von der Interessengemeinschaft (IG) CSD Stuttgart e.V. lockt das 14-tägige Kulturfestival weit über 200.000 Menschen in die Landeshauptstadt. Demonstration, Straßenfest, Eröffnungsgala, Empfänge, Kulturtage und viele weitere Aktivitäten leisten einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarkeit von Vielfalt und zur interkulturellen Öffnung der Stadtgesellschaft. Das Festival trägt dabei zu einem positiven Image der Stadt Stuttgart als weltoffen und vielfältig bei, ebenso wie der kulturelle Facettenreichtum der Landeshauptstadt hervorgehoben wird.

Ein Großteil der finanziellen Gesamtmittel in Höhe von 300.000 € pro Jahr, welche für die kontinuierliche, gesellschaftspolitische Arbeit des Trägervereins und die Durchführung des Festivals nötig sind, erwirtschaftet der CSD Stuttgart selbst – beispielsweise über Mitgliedsbeiträge, Spenden- und Sponsorengeldern, Gastronomieerlöse oder Ticketverkäufe. Damit wird, neben den festivalbezogenen Aufwendungen und den Mitteln für die Erledigung der satzungsgemäßen Vereinszwecke, unter anderem in der Bürogemeinschaft des Weissenburg e.V. in der Lazarettstraße 6 eine CSD-Geschäftsstelle als zentraler Anlaufpunkt betrieben.

Wachsende Besuchenden- und Teilnehmendenzahlen ebenso wie die steigenden Anforderungen seitens der Verwaltung und der Behörden, beispielweise in Sachen Nachhaltigkeit oder Veranstaltungssicherheit, bringen die überwiegend ehrenamtlichen Strukturen des CSD-Vereins an ihre Grenzen. Auch die mit der Stadtverwaltung (Abteilung

VIelfalt & GEFLÜCHTETE

OB-ICG) gemeinsam begleiteten Projekte, wie die Mitwirkung am Arbeitskreis LSBTTIQ, an Runden Tischen oder die Etablierung des Karl-Heinrich-Ulrichs-Platzes inklusive Patenschaft, fordern die Ressourcen der IG CSD in wachsendem Maße.

Deshalb sind die Möglichkeiten, angemessene Gagen für anspruchsvolle Bühnenprogramme zu gewährleisten, äußerst begrenzt. Diese machen gerade einmal sechs Prozent des jährlichen Gesamtetats aus. Dies hat zur Folge, dass Künstler*innen, gerade aus dem LSBTTIQ-Spektrum, nur mit prekären Aufwandsentschädigungen statt mit angemessenen Gagen für ihre kulturellen Leistungen vergütet werden können. Ein qualitativ gutes, ausgewogenes Programm ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der verschiedenen Veranstaltungen, der Erreichung der gemeinnützigen Ziele sowie die professionelle und nachhaltige Weiterentwicklung des Festivals. Die Events r-präsentieren dabei in überwiegendem Maße die Vielfalt der LSBTTIQ-Gemeinschaft mit ihren besonderen Kulturbeiträgen und speziellen Ausdrucksformen, in welchen die Lebensrealitäten von Menschen der Regenbogen-Community auf eine niederschwellige Art einem breiten Publikum nähergebracht werden.

Zudem fehlen dem CSD Stuttgart ausreichende finanzielle Mittel, um der touristischen Bedeutung des Kulturfestivals angemessen Rechnung tragen zu können. Dies ist wichtig, um die öffentlichkeitswirksame Darstellung von gelebter Vielfalt im Sinne einer weltoffenen und attraktiven Landeshauptstadt Stuttgart zu forcieren. Dazu gehört beispielsweise die Bekanntmachung des Festivals auf regionaler, aber auch überregionaler Ebene in Form von auffälliger Kampagnenarbeit. Auch die Beteiligung an einer Touristikmesse wie der Stuttgarter CMT (seit drei Jahren) trägt zu einer selbstverständlichen Integration der Regenbogen-Community bei. Gleichzeitig wird das positive Bild von Stuttgart als Stadt der Vielfalt auch für auswärtige Besuchende oder Neubürger*innen greifbar. Mit dem CSD-Festival im Sommer und weiteren Aktionen im Jahresverlauf werden so hervorragende Impulse geschaffen, um die Landeshauptstadt zu besuchen. Orientierung vor Ort bietet dazu eine vom CSD-Verein selbst entwickelte, kostenlose Applikation für das Smartphone, inklusive einem eigenen City-Guide rund um Anlaufpunkte in der Community sowie in der Stadt selbst.

Die bisherige städtische Förderung erstreckt sich momentan auf jeweils einen verrechneten Zuschuss in Höhe von 1.500 € für die Beflaggungskosten der Märkte Stuttgart sowie jeweils 1.500 € für die Reinigungskosten der AWS Stuttgart anlässlich der CSD-Polit-Parade und der CSD-Hocketse. Zudem stellt die Landeshauptstadt die Räumlichkeiten für den jährlichen Empfang im Stuttgarter Rathaus zur Verfügung und berücksichtigt die CSD-Plakate im städtischen Kontingent der City-Light-Poster-Flächen im Juli.

Mit einer zusätzlichen und fortlaufenden Bezuschussung des Vereins mit 30.000 € pro Jahr würde sichergestellt werden, dass bestehende Aktivitäten auch weiterhin in bisherigem Umfang und der nötigen Qualität durchgeführt werden können. Die Projektmittel würden es erlauben, die ehrenamtliche Arbeit weiter strukturell zu professionalisieren, wichtige Öffentlichkeitsarbeit für die Sichtbarkeit von Vielfalt zu betreiben, faire Gagen und Vergütungen für Künstler*innen zu gewährleisten und begonnene Maßnahmen der Tourismus-förderung für die Landeshauptstadt Stuttgart fortzusetzen.

Thomas Adler Hannes Rockenbauch

Thomas Adler
 Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
 Fraktionsvorsitzender

VIelfalt & GEFLÜCHTETE



Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung nach sexualisierter Gewalterfahrung

Wir beantragen:

1. 0,75 Stelle für eine zusätzliche Fachkraft (Sozialpädagog*in) zur Weiterführung der Hilfen und Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung nach sexualisierter Gewalterfahrung im DHH 2020/2021

Begründung:

Den engagierten Einsatz von KOBRA e.V. für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, insbesondere nach sexualisierter Gewalterfahrung, der 2014 vom Jugendamt bewilligt wurde, gilt es zu erhalten.

In der Landeshauptstadt, wie auch in der Region Stuttgart, gibt es kein spezialisiertes Beratungs- und Therapieangebot für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, die sexualisierte Gewalt erfahren haben und deren Familien. Ganz zu schweigen von Ansätzen oder Angeboten zur Prävention oder der Beratung von Fachkräften. Zwar gibt es in vielen Einrichtungen der Behindertenhilfe interne Beratungsmöglichkeiten, allerdings fehlt es dort häufig an Fachwissen bezogen auf spezifische Traumatisierung, konkreten Erfahrungen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die sexualisierte Gewalt erfahren haben sowie den entsprechenden Ressourcen, den Betroffenen ein regelmäßiges Angebot zu machen. Diese Lücke würde KOBRA e.V. mit einem dauerhaft finanzierten Stellenanteil für diese Zielgruppe schließen.

Neben den therapeutischen Hilfen für Kinder und Jugendliche mit verschiedenen Formen von Behinderung, der Beratung für Eltern, Präventionsveranstaltungen und Schulungen sind auch Fortbildungsangebote für Fachkräfte und der Ausbau eines trägerübergreifenden Netzwerks Ziele des Vereins.

VIELFALT & GEFLÜCHTETE



Thomas Adler Hannes Rockenbach

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

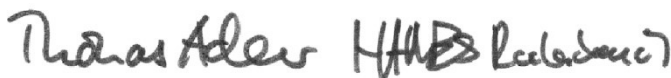
Interkulturelle Brückenbauer*innen evaluieren und fortführen

Wir beantragen:

1. Das Pilotprojekt **Interkulturelle Brückenbauer*innen** wird evaluiert und im DHH 2020/2021 ff. finanziell weiter gefördert. (GRDs 575/2019)
(Kosten 2020: 24.000 € / 2021: 24.000 / ff.)

Begründung:

Das Projekt Interkulturelle Brückenbauer*innen ist ein niederschwelliges Unterstützungssystem, das Barrieren abbaut, die Zusammenarbeit von Fach-/Lehrkräften und Eltern stärkt und den Eltern Orientierung im deutschen Bildungssystem sowie in den sozialen Diensten in den Stadtbezirken Untertürkheim, Wangen und Obertürkheim bietet. Das Projekt muss weitergeführt werden.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stadtteil- und Quartierstreff MOSAIK fördern

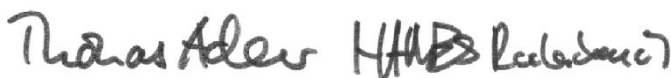
Wir beantragen:

1. Die finanzielle Förderung vom Stadtteil- und Quartierstreff MOSAIK des Trägers „Verein für Internationale Jugendarbeit e.V.“ im DHH 2020/2021 ff. (GRDRs 435/2019) (Kosten 2020: 11.877 € / 2021: 34.953 €)

Begründung:

Das Stadtteil- und Quartierstreff MOSAIK in Stuttgarter-Mitte bietet selbstorganisierte, stadtteilbezogene und niederschwellige Angebote mit verschiedenen Themenschwerpunkten (Theatergruppe, Mittagstisch für Migrant*innen, Sprachcafé, etc.) für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen. Der Verein für Internationale Jugendarbeit Landesverein Württemberg e.V. (vij) als Träger bietet ein breites Angebotsspektrum zur sozialen, beruflichen und soziokulturellen Integration von Migranten, geflüchteten Menschen als auch für Au-pairs und internationale Studierende.

Mit dem Stadtteil- und Quartierstreff „MOSAIK“ ist dem Verein 2017 die Etablierung eines Begegnungs- und Beteiligungsortes in Stuttgart-Mitte (Moserstr. 10) gelungen, dessen Angebote es zu sichern und zu erweitern gilt. Der Antrag des Trägers auf Förderung wird sozialplanerisch unterstützt mit Blick auf das Ziel, dass der vij seine Räume in der Moserstr. 10 in Stuttgart-Mitte zu einem generationen- und zielgruppenübergreifendem Stadtteil- und Quartierstreff ausbauen möchte.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Koloniale Geschichte der Stadt Stuttgart aufarbeiten

Wir beantragen:

1. In Kooperation mit dem Stadtarchiv Stuttgart soll die koloniale Geschichte der Stadt Stuttgart, sowohl Stuttgarter Orte als auch Verstrickungen von Stuttgarter*innen, aufgearbeitet werden. Hierfür wird im DHH 2020/2021 eine Machbarkeitsuntersuchung/Gutachten für eine mögliche vertiefte Forschung in Auftrag gegeben.

(Kosten 2020: 100.000 €)

Begründung:

Die deutsche Kolonialgeschichte wurde bisher wenig erforscht und beachtet. Nicht erst seit den Diskussionen um Restititionen von Ausstellungsstücken in historischen Museen, Streit um Straßennamen in Berlin und anderen Städten oder der stark kritisierten Ausstellung des neuen Humboldt-Forums in Berlin begleitet uns die Geschichte des Kolonialismus.

In der Landeshauptstadt Stuttgart ist die Deutsche Kolonialgeschichte vordergründig am Lindenmuseum zu studieren, aber auch Institutionen wie das Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) sind damit verbunden. Hinzu kommen Persönlichkeiten und Orte in der Stadt Stuttgart, die bisher kaum oder gar nicht bekannt und betrachtet werden. Beispielsweise verweist kein Hinweis am Stuttgarter Stadtpark auf die dort durchgeführte, menschenverachtende „Kolonial-Ausstellung“ im Jahr 1928 hin.

Das Stuttgarter Symposium 2019 mit dem Thema „Die vergessene Ausbeutung - Kolonialismus und der Südwesten“ sind ein geeigneter Ausgangspunkt für eine solche vertiefende Forschung.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Partnerschaft für Demokratie stärken - Bildungsprojekte gegen Rassismus fördern

Wir beantragen:

1. Die Förderung von Bildungsprojekten gegen Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit über die Stuttgarter „Partnerschaft für Demokratie“ im DHH 2020/2021 mit 80.000 € zu finanzieren.
(Kosten 2020: 40.000 € / 2021: 40.000 €)
2. Die Stuttgarter „Partnerschaft für Demokratie“ wird mit einer zusätzliche 0,5 Fach- und Koordinierungsstelle aufgestockt.
(Kosten 2020: 30.000 € / 2021: 30.000 €)

Begründung:

Die Partnerschaft für Demokratie Stuttgart wurde 2017 durch die Landeshauptstadt Stuttgart und den Stadtjugendring Stuttgart e.V. initiiert. Sie ist damit eine von über 200 Partnerschaften, die sich im Sinne des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gebildet haben. Die Partnerschaft für Demokratie Stuttgart ist ein langfristig angelegtes Kooperations- und Unterstützungsnetzwerk, das von der aktiven Beteiligung ihrer Partner*innen lebt und offen ist für alle hauptamtlichen und ehrenamtlichen Organisationen und Akteur*innen, die sich in Stuttgart im Sinne des Bundesprogramms engagieren.

Das Kernelement einer Partnerschaft für Demokratie ist die Förderung und Stärkung einer lebendigen, vielfältigen und offenen Demokratie durch aktive Kooperationen von Politik, Verwaltung, Organisationen, Institutionen und Zivilgesellschaft. Durch die Auseinandersetzung mit Werten und Haltungen wird ein demokratisches Gemeinwesen erlebbar, das aktiv in der Stadtgesellschaft wirkt und diese mitgestaltet. Ziel ist es, zwischen den Partnerinnen und Partnern eine langfristige, lokale Partnerschaft zu knüpfen, die als solidarische Gemeinschaft ein sichtbares Zeichen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für eine starke Demokratie setzt.

Die gesellschaftliche Stimmung in Deutschland verroht immer mehr. Das Terrornetzwerk NSU ist jahrelang mordend durchs Land gezogen. Flüchtlingsunterkünfte werden angegriffen und rassistische Beleidigungen und Bedrohungen sind auch in Stuttgart an der Tagesordnung. Der antisemitische und rassistische Terroranschlag von Halle im Oktober

VIELFALT & GEFLÜCHTETE

2019 hat uns deutlich gemacht, dass wir als demokratische Gesellschaft alles dransetzen müssen, um gerade Kinder, Jugendliche und junge Menschen präventiv vor den Gefahren jeglicher gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu schützen. Wir haben bisher zu wenig getan, das müssen wir jetzt dringend nachholen.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

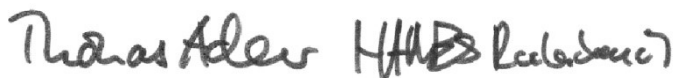
Aufsuchende Befragung älterer Menschen mit und ohne Migrationshintergrund finanzieren

Wir beantragen:

1. Die Finanzierung einer aufsuchenden Befragung von älteren Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im DHH 2020/2021. (GRDrs 165/2019)
(Kosten 2021: 40.000 €)

Begründung:

Gerade Ältere Migrant*innen leben oftmals alleine und zurückgezogen mit wenig Kontakt zu ihrer Nachbarschaft und Umgebung. In Stuttgart hat heute schon rund ein Viertel der über 65 Jährigen einen Migrationshintergrund. Hilfsangebote werden kaum in Anspruch genommen. Eine aufsuchende Befragung ist dringend geboten, um auch an diese schwer zu erreichende Personengruppe heran zu kommen.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff


**Kinderbetreuung bei Deutschkursen im Rahmen der Landesförderung VwV
Deutsch ausbauen**

Wir beantragen:

1. Den Ausbau der Kinderbetreuung bei Deutschkursen im Rahmen der Landesförderung VwV Deutsch im DHH 2020/2021 ff. zusätzlich zu finanzieren. (GRDRs 725/2019)
(Kosten 2020: 15.000 € / 2021: 15.000 €)

Begründung:

Die Weiterführung der Deutschkurse für erwachsene Geflüchtete erfolgt im Rahmen des Landesprogramms VwV Deutsch. Zielgruppe sind Asylsuchende, die noch keinen Zugang zu den Integrationskursen haben. Zu den bereits eingestellten Mitteln für die Kinderbetreuung sind weitere Mittel notwendig, damit Mütter mit Kleinkindern die städtischen Kurse besuchen können.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Städtischen Dolmetscherdienst neu aufstellen und fördern

Wir beantragen:

1. Die notwendigen Mittel für eine Neukonzeption und Umsetzung des städtischen Dolmetscherdienstes für eine 0,5 Fachstelle im DHH 2020/2021 ff. bereitzustellen. (GRDRs 326/2019)
(Kosten 2020: 30.000 € / 2021: 30.000 € / ff.)
2. Die notwendigen Mittel für eine Nachqualifizierung der Dolmetscher*innen im DHH 2020/2021 ff. bereitzustellen. (GRDRs 326/2019)
(Kosten 2020: 10.000 € / 2021: 10.000 € / ff.)

Begründung:

Der städtische Dolmetscherdienst geht auf einen Gemeinderatsbeschluss im Jahr 1978 zurück. Seither sind etwa 200 Personen mit über 50 Sprachen als Dolmetscher*innen gelistet. Die zuständige Koordination war bis 2018 beim Fremdsprachendienst angesiedelt. Seit 2019 ist der städtische Dolmetscherdienst richtigerweise bei der Abteilung Integration angesiedelt worden. Hieraus ergibt sich ein zusätzlicher Personalbedarf bezüglich einer dringend nötigen Neukonzeption und Mehraufwand zudem müssen die Dolmetscher*innen fortgebildet werden.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

VIelfalt & GEFLÜCHTETE



Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Fraktionsgemeinschaft Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutz
Betreff Treffpunkt, Fach- und Beratungsstelle für Regenbogenfamilien fördern

Wir beantragen:

1. Die Schaffung eines Treffpunktes mit Fach- und Beratungsstelle für Regenbogenfamilien in Stuttgart wird im DHH 2020/2021 finanziell unterstützt:
 - a) Eine Fachkraftstelle (Sozialpädagog*in) (EG 10) (geteilt auf 2 x 0,5 Stellen),
 - b) Eine 20%-Verwaltungsstelle (EG 6) und
 - c) mit einer Sachkostenpauschale und Mietkosten in Höhe von 40.000 €.

Begründung:

Die Zahl der Regenbogenfamilien nimmt – auch in Stuttgart – kontinuierlich zu. Gesamtgesellschaftlich und auf rechtlicher Ebene gab es in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Entwicklungen und Verbesserungen für Regenbogenfamilien. Dennoch sind Regenbogenfamilien nach wie vor bereits in der Familiengründung als auch im Familienalltag mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, seien es gesellschaftliche Ressentiments oder sonstige Diskriminierungen.

Der LSVD Baden-Württemberg e.V. hat das Thema Regenbogenfamilien seit Jahren als Themenschwerpunkt. Seit rund 20 Jahren ist er Ansprechpartner für Regenbogenfamilien. Der LSVD organisiert seit vielen Jahren ILSE-Gruppen (Initiative lesbischer und schwuler Eltern). In Stuttgart gibt es aktuell zwei ILSE-Gruppen. In Kooperation mit der Stadt Stuttgart, Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern wurde im September 2018 der dritte Regenbogenfamiliientag veranstaltet. Darüber hinaus wurden vom LSVD bereits mehrere Seminare für Regenbogenfamilien sowie im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE eine Freizeit für Regenbogenfamilien organisiert und durchgeführt. All diese Angebote werden stark nachgefragt und rein ehrenamtlich organisiert.

VIelfalt & GEFLÜCHTETE

Der hohe Bedarf an spezifischen Beratungs- und Vernetzungsangeboten für Regenbogenfamilien, Fachberatung für Fachkräfte sowie eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Gremienarbeit erfordert eine Professionalisierung dieser Arbeit. Der LSVD möchte diesen vielfältigen Bedarf aufgreifen und ein entsprechendes Angebot für Regenbogenfamilien aufbauen. Hierbei kann er auf eine breite Expertise zurückgreifen.

Nach wie vor ist unsere Gesellschaft heteronormativ geprägt. Dies weist auf die besonderen Bedarfe sowohl zielgruppenspezifischer Beratungsangebote für Regenbogenfamilien als auch an Fachberatung für Fachkräfte hin.

Bedarfe und Zielsetzung

Über die typischen familienbezogenen Herausforderungen als Eltern sind lesbische Mütter, schwule Väter und Trans*-Eltern und solche die es werden wollen, zusätzliche Themen wie z. B. die Frage und die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung ihres Kinderwunsches, die Stiefkind-adoption bei leiblichen Kindern, bis hin zum alltäglichen Coming-out für Eltern und Kinder.

Ein Treffpunkt, Fach- und Beratungsstelle für Regenbogenfamilien möchte dazu beitragen, dass in der Stadt Stuttgart durch unterschiedliche Angebote Regenbogenfamilien sichtbarer werden. Regenbogenfamilien bewegen sich in der Regel in den gleichen Kontexten, wie andere Familien auch (zum Beispiel Kita, Schule, Kinderfeste). Der zweite Elternteil wird immer wieder als Onkel, Tante oder Schwester umgedeutet und somit ausgeblendet. Für alle Familienmitglieder ist es daher notwendig, sich unter Umständen tagtäglich aufs Neue zu outen – oder eben nicht. Dies kostet viel Kraft. Werden Räume ausschließlich für Regenbogenfamilien zur Verfügung gestellt, werden diese gerne genutzt. Eltern unterstützen sich bei aktuellen Fragestellungen und Themen, Kinder finden Gleichgesinnte und ähnliche Familienkonstellationen. Dies ist unabdingbar für eine positive Identität als Regenbogenfamilie, wenn die eigene Familienform im Alltag kaum sichtbar ist. Empowerment von Regenbogenfamilien ist daher ebenfalls von zentraler Bedeutung.

Durch Schulungsangebote für Fachkräfte und Multiplikator*innen werden vielfältigere Familienkonstellationen in den Mittelpunkt gestellt und Wissen über die besonderen Bedarfe von Regenbogenfamilien vermittelt. Dies stärkt letztendlich die Diversität und das Verständnis von Inklusion im Sinne von Vielfalt innerhalb der Stadt Stuttgart und damit ein Zeichen für Akzeptanz und gegenseitigen Respekt setzen.

Inhalte / Angebote:

- Treffpunktmöglichkeiten/ Vernetzungsangebote
- Gruppenangebote
- Freizeiten
- Beratungsangebote
- Fortbildungsangebote
- Gremienarbeit und Vernetzung

Die bereits bestehende gute Vernetzung in der Stadt und innerhalb der Community soll weiter ausgebaut und vielfältige Synergieeffekte genutzt werden. Angedacht sind hier z. B. gemeinsame Räume in einem bestehenden Familienzentrum oder längerfristig in einem Regenbogenhaus.

Ein zielgruppenspezifisches Angebot für Regenbogenfamilien würde eine gute Ergänzung zu bestehenden Beratungs- und Bildungsangeboten für Familien in der Landeshauptstadt Stuttgart darstellen. Die Stadt kann auf diese Weise ihre inklusive Familienpolitik weiterentwickeln.

VIELFALT & GEFLÜCHTETE



Thomas Adler Hannes Rockenbach

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**MediA Gesundheitliche Versorgung von Menschen in Wohnungsnot verbessern
MedMobil-Angebote, um Kapazitäten für Frauen und Menschen mit Psychischen
Problemen erweitern**

Wir beantragen:

Das Projekt „MediA – Medizinische Assistenz: Gesundheitliche Versorgung für Menschen in Wohnungsnot“, Baustein 2 Gesundheitliche Versorgung von Frauen in Wohnungsnot und Baustein 3: Psychische Gesundheit im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDRs 332/2019)

1. Zuschuss zur Förderung für 0,6 Stellen für die gesundheitliche Versorgung von Frauen in Wohnungsnot
(Kosten 2020: 51.000 € / 2021: 52.000 €)
2. Zuschuss zur Förderung für 1,0 Stellen für die Beratung und Begleitung im Themenfeld psychische Gesundheit von Menschen in Wohnungsnot (Kosten 2020: 86.000 € / 2021: 87.000 €)
(Kosten 2020: 137.000 € / 2021: 139.000 € / ff.)

Begründung:

Mit GRDRs 103/2019 „MediA – Medizinische Assistenz: Gesundheitliche Versorgung für Menschen in Wohnungsnot“ wurde über die Umsetzung des Kooperationsprojekts zur Verbesserung der medizinischen Versorgung von wohnungslosen Menschen in der Landeshauptstadt Stuttgart berichtet und die Weiterführung aller drei Bausteine empfohlen. Das bis Ende des Jahres 2019 von der Vector Stiftung getragene Projekt gliedert sich in drei inhaltlich unterschiedliche Bausteine, die jeweils von verschiedenen Trägern der Wohnungsnotfallhilfe umgesetzt werden (Baustein 1: Allgemeinmedizin; Baustein 2: Gesundheitliche Versorgung von Frauen in Wohnungsnot; Baustein 3: Psychische Gesundheit).

Das Projekt hat das Ziel, Menschen in Wohnungsnot, die bisher keine medizinische Versorgung in Anspruch nehmen oder lediglich eine Notfallversorgung nutzen, dauerhaft an die reguläre Gesundheitsversorgung durch niedergelassene Medizinerinnen und Mediziner anzubinden. Der Zugang der Betroffenen zum medizinischen Regelsystem wird dabei durch verschiedene Faktoren behindert. Diese sind zum einen in den persönlichen Lebensumständen der Betroffenen (z. B. Angst, Scham oder schwerwiegende soziale


VIELFALT & GEFLÜCHTETE

Probleme, die drängender erscheinen als gesundheitliche Beschwerden) und zum anderen in einer gewissen Hochschwelligkeit des Regelsystems der Gesundheitsversorgung (z. B. lange Wartezeiten vor allem bei Fachärzten oder teilweise auch diskriminierende Haltungen gegenüber Wohnungslosen, von denen Betroffene aus einzelnen Arztpraxen berichten) begründet.

Die Angebote von MediA Baustein 2 richten sich speziell an Frauen in Wohnungsnot. Die Bedarfe liegen hier u.a. in der gynäkologischen Versorgung, Zahngesundheit und psychischer Gesundheit. Diese sind neuralgische Themen für traumatisierte Klientinnen in der Wohnungsnotfallhilfe. Die Frauen sind daher häufig in einer schlechten gesundheitlichen Verfassung oder sogar chronisch erkrankt. Sie benötigen spezifische Beratung, Motivation und ggf. Begleitung, um ihre gesundheitliche Versorgung sicher zu stellen oder zu verbessern. Teilweise bevorzugen betroffene Frauen Notversorgung, obwohl eine Krankenversicherung besteht und sie dem Grunde nach Anspruch auf Regelversorgung haben. Nur über Beziehungs- und Vertrauensaufbau in der Notversorgung gelingt es betroffenen Frauen nicht-stigmatisierend über diesen Weg ins reguläre Hilfesystem zu überführen.

Viele Menschen, die wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind, leiden unter teils enormen psychischen Belastungen (Baustein 3). Nicht selten entwickeln sich daraus Erkrankungen, die bei Nichtbehandlung auch chronisch verlaufen können (Angststörungen, Schlafstörung, Suchterkrankungen, Zwangsstörungen etc.). MediA kooperiert daher eng mit den verschiedenen Trägern und Anlaufstellen innerhalb des Hilfesystems. Zum einen soll das Projekt für die Mitarbeitenden bekannt sein und Ihnen eine Möglichkeit bieten ihre Klientinnen und Klienten niederschwellig vermitteln zu können. Zum anderen unterstützt das MediA-Projekt auch das Fachpersonal im Sinne von Fallbesprechungen und Inhouse-Seminaren zu verschiedenen Themen im Bereich der seelischen Gesundheit. Diesen Bedarf gilt es auch weiterhin zu decken.

Ziel der MediA Bausteine 2 und 3 ist eine nachhaltig gesicherte Verbesserung der gesundheitlichen Situation wohnungsloser oder von Wohnungsnot betroffener Menschen, die für eine reiche Stadt wie Stuttgart selbstverständlich sein sollte.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

VIelfalt & GEFLÜCHTETE



Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Koordinations- und Gesamtleitungsstelle für das Themenfeld „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt (LSBTTIQ)“ für unsere Stadt schaffen

Wir beantragen:

1. eine 0,5-Stelle für die Leitung und Federführung des Themenfelds „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt“ sichern sowie die Geschäftsführung des AK LSBTTIQ im DHH 2020/2021 zu verankern.

Begründung:

OB-ICG koordiniert federführend seit 2014 den Bereich „Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt“ als Querschnittsaufgabe und Teil der städtischen Chancengleichheits- und Diversitypolitik. Ziel ist es, das Thema in allen verantwortlichen Fachbereichen und in der Stadtgesellschaft sichtbar zu machen und für die Vielfalt an Lebensentwürfen der LSBTTIQ Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen zu sensibilisieren. Entscheidungen sollen nicht nur für die Menschen, sondern mit den Menschen getroffen werden. Dazu bedarf es der Vernetzung zwischen Verwaltung, Politik und Community als einem wesentlichen Erfolgsfaktor, der sichergestellt und weiterentwickelt werden muss. OB-ICG gründete und leitet das dafür notwendige zentrale Vernetzungs- und Arbeitsgremium „Arbeitskreis (AK) LSBTTIQ“.

In diesem Gremium werden die jeweiligen Handlungsbedarfe und Weiterentwicklungsoptionen für die verschiedenen Fachbereiche der Stadtverwaltung, z. B. Jugend & Bildung, Familie, Kultur, Gesundheit und Integration benannt, aufgegriffen und Lösungsvorschläge erarbeitet.

Zielsetzung ist die kontinuierliche Kommunikation und Kooperation zwischen Stadtverwaltung (Haupt- und Personalamt, Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt und Eigenbetrieb leben & wohnen Stuttgart) und Institutionen der Community zu ermöglichen.

VIELFALT & GEFLÜCHTETE

Anfang 2019 konnte der AK LSBTTIQ noch einmal erweitert werden. Um mit diesem Gremium professionell arbeiten zu können, bedarf es einer dauerhaften Geschäftsführung, die bei der OB-ICG angesiedelt werden soll.

Die Leitung, Federführung und Weiterentwicklung des Themenfeldes „Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt“ und die Geschäftsführung des AK LSBTTIQ wäre eine sinnvolle Bündelung von Kompetenzen und die dauerhafte Etablierung einer echten Schnittstelle zwischen der Community und dem OB-ICG. Nach Mannheimer Vorbild sollte dies als eigene Stelle umgesetzt werden.

Die Kommunikation kann so wesentlich erleichtert, die Sichtbarkeit durch eine stetige und gute Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung erhöht und nicht zuletzt die Kooperation mit externen Fachstellen (z. B. AG Gender, AG Mädchen*politik) verbessert werden. Insgesamt sehen wir in dieser Stärkung und Bündelung von Kompetenzen eine Bereicherung für unsere vielfältige Stadt.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Pakt für Integration fortsetzen

Wir beantragen:



1. Die Maßnahmen aus dem Pakt für Integration des Landes Baden-Württemberg und die ergänzenden Maßnahmen der Landeshauptstadt Stuttgart fortzuführen und im DHH 2020/2021 ff. zu finanzieren. (GRDRs 341/2019)
 - a.) Kinder- und Jugendsozialarbeit in Flüchtlingsunterkünften
(Kosten 2020: 180.000 € / 2021: 182.000 € / ff.)
 - b.) Dolmetschereinsätze im Integrationsmanagement
(Kosten 2020: 80.000 € / 2021: 80.000 € / ff.)
 - c.) EDV- Verfahren „Jobkraftwerk“
(Kosten 2020: 50.000 € / 2021: 50.000 € / ff.)
 - d.) Elternsein in Deutschland
(Kosten 2020: 15.000 € / 2021: 15.000 € / ff.)
 - e.) Empowerment von Geflüchteten
(Kosten 2020: 100.000 € / 2021: 100.000 € / ff.)
 - f.) Fahrkosten für Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen
(Kosten 2020: 20.000 €)
 - g.) Schulung von Integrationsmanager*innen
(Kosten 2020: 20.000 € / 2021: 20.000 €)
 - h.) Verwaltungskostenpauschale Integrationsmanagement
(Kosten 2020: 327.000 € / 2021: 327.000 €)

Begründung:

VIELFALT & GEFLÜCHTETE

Um die Kommunen mit Blick auf die Flüchtlingszugänge finanziell bei ihrer Integrationsarbeit zu unterstützen, wurde der Pakt für Integration mit den Kommunen (PIK) geschlossen. Mit dem Pakt für Integration tragen Land und Kommunen zudem Umstand Rechnung, dass viele der nach Baden-Württemberg geflüchteten Menschen, die aufgrund ihrer Bleibeperspektive in die Anschlussunterbringung kommen, auf lange Sicht bleiben werden. Module des Paktes für Integration sind: Integrationsmanagement, Übergang Schule-Beruf, Deutsch für Flüchtlinge, Bürgerschaftlichen Strukturen und Ehrenamt.

Die Zahl der Flüchtlinge weltweit ist weiterhin hoch und die weltpolitische Lage verschärft sich auch immer weiter. Wir werden noch für viele Jahre die Verantwortung dafür tragen, dass Geflüchtete in Deutschland unterstützt und gefördert werden. Eine Finanzierung aller Module des Paktes für Integration muss für die nächsten Jahre weiter gesichert werden unabhängig davon, ob das Land sich an der Finanzierung beteiligt.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Aktivierende und therapiebegleitende Maßnahmen zur Integration traumatisierter Flüchtlinge und deren Kinder

Wir beantragen:

1. eine 70%-Fachkraft-Stelle zuzüglich der Sachkosten und Raumkosten für therapiebegleitende Gruppenangebote für Geflüchtete bei der Psychologischen Beratungsstelle für politisch Verfolgte und Vertriebene (PBV Stuttgart)
(Kosten jährlich 56.000 EUR)

Begründung:

Das Zentrum zur Beratung, Begutachtung & Psychotherapie für Überlebende traumatischer Gewalt bietet Geflüchteten Hilfe und Unterstützung im Sinne einer ersten Anlaufstelle, da ohne Bleiberecht keine Psychotherapie erfolgen kann. Traumatisierungen von Geflüchteten können in der Regel erst Jahre nach ihrer Ankunft behandelt werden, denn zunächst stehen Fragen zum Bleiberecht im Vordergrund. Trauma-Therapie ohne gesicherten Aufenthalt ist nicht zielführend und wird daher aus fachlicher Perspektive von vielen Therapeuten abgelehnt. Auch treten Traumata erst mit der Sicherung eines Aufenthaltstitels wieder in den Vordergrund und können dann mit psychotherapeutischer Hilfe behutsam angegangen werden. Davor können – wenn überhaupt - nur im Einzelfall Akutsprechstunden wahrgenommen werden. Aufgrund begrenzter Kapazitäten von Psychotherapieplätzen entstehen zudem häufig sehr langer Wartezeiten, um einen Therapieplatz zu erhalten.

Um frühzeitig Stabilisierung und Hilfestellung zu leisten, werden therapiebegleitende Gruppenangebote mit Kunst, Kunsthandwerk, Sport angeboten. Diese Maßnahmen tragen zur Aktivierung von persönlichen Ressourcen der Geflüchteten bei, sie erfahren Selbstwirksamkeit durch Malen, Spiel und Freude und können das zerstörte Selbstvertrauen steigern. Ihre Integration sowie die ihrer Kinder in die „Neue Heimat“ wird dadurch erleichtert.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

VIelfalt & GEFLÜCHTETE



Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Ein Regenbogenhaus für Stuttgart – Planungsstelle zur Erstellung einer Vorstudie

Wir beantragen:

1. Eine Planungsstelle zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie für ein Gemeinschafts- und Synergieprojekt „Regenbogenhaus“ in Stuttgart mit 85.000 € im DHH 2020/2021 zu finanzieren.

Begründung:

In den letzten Jahren entwickelten führende Organisationen der LSBTTIQ Community die Vision eines „Regenbogenhauses für Stuttgart“. Es gibt bereits bundes- und europaweit ähnliche Einrichtungen, wie z. B. in Hamburg, Brüssel, Barcelona.

Ein Regenbogenhaus im Zentrum der LHS Stuttgart als Ort der Begegnung, des Austauschs, der Kultur, aber auch der Beratung und des Schutzes für LSBTTIQ Menschen würde ein wichtiges Bindeglied und eine sichtbare Bereicherung des kulturellen und sozialen Lebens der LHS darstellen. Gleichzeitig wäre das Regenbogenhaus auch Arbeitsstätte für haupt- und ehrenamtlich Engagierte. Die einzelnen Aktivitäten in der Stadt, die bestehenden Kooperationen und Ressourcen könnten so noch besser gebündelt, Synergien genutzt und Angebote bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. An der Konzepterstellung sind möglichst viele Vereine und Organisationen der Community zu beteiligen. Zugleich sollten in einem Partizipationsprozess viele Menschen in Stuttgart eingebunden werden. Dies sollte durch die Bildung eines Beirats Regenbogenhaus, unter Einbeziehung aller relevanten Akteur*innen, z. B. Community, Stadtverwaltung, Stadtpolitik, gewährleistet werden mit dem Ziel, gemeinsam ein sichtbares Zeichen für Akzeptanz und Vielfalt in Stuttgart zu setzen.

Die im Rahmen dieses Antrags einzurichtende Planungsstelle „Regenbogenhaus für Stuttgart“ würde in Abstimmung mit der Geschäftsführung des AK LSBTTIQ (OB-ICG) arbeiten und ihren Sitz idealerweise im Zentrum LSBTTIQ Weissenburg e.V. haben.

VIELFALT & GEFLÜCHTETE



Thomas Adler Hannes Rockenbach

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Geflüchteten vor Ort helfen - Stuttgarter Hilfsorganisation STELP e.V. fördern

Wir beantragen:

Die finanzielle Förderung der Stuttgarter Hilfsorganisation STELP e. V. Stuttgart Helps im DHH 2020/2021 mit 100.000 €.

(Kosten 2020: 50.000 € / 2021: 50.000 €)

Begründung:

Im Jahr 2015 haben drei junge Stuttgarter zunächst mit einer Hilfsfahrt auf der sogenannten „Balkan Route“ viele Geflüchtete mit Kleidung und Essen versorgt. Aus dieser einmaligen Aktion ist in einem kurzen Zeitraum eine auf drei Kontinenten agierende Hilfsorganisation mit einem breiten Netzwerk an Unterstützer*innen entstanden. So konnte STELP bereits über 200 Volontär*innen (insbesondere aus Stuttgart) ausbilden, die im Namen von STELP größtes Leid lindern. Bis heute tragen sie beispielsweise ihre persönlichen Kosten für Hilfeinsätze selbst. So kommen nahezu 100% der gesammelten Spenden direkt bei den notleidenden Menschen an.

Bei einer Vielzahl an Projekten ist besonders die konstante Soforthilfe am Mittelmeer an der türkischen Westküste hervorzuheben. Hier ist STELP bereits seit dem Frühjahr 2015 tätig. Der Seeweg von der Hafenstadt Cesme bis zur Europäischen Union beträgt lediglich sieben bis acht Kilometer. Für unzählige Menschen wurde Cesme aus diesem Grund zur letzten Station vor der Überfahrt nach Europa. Das größte Ziel von STELP ist es, den Geflüchteten in der Türkei eine so große Perspektive zu bieten, dass sie von der gefährlichen Überfahrt absehen. Während der Stuttgarter Verein in den Kalenderjahren 2015 und 2016 in erster Linie Menschen an der Küste mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln und Kleidung versorgt hat, konzentriert er sich nun ebenso auf Schulbildung, Workshops und moralischen Beistand der notleidenden Menschen.

Nicht selten sind es Menschen, die ohne Strom und fließendes Wasser in selbst gebauten Hütten leben. Der Einmarsch der türkischen Truppen in Syrien lässt vermuten, dass sich die Situation vor Ort nicht verbessern wird.

Als Landeshauptstadt Stuttgart investieren wir sehr viele Mittel und Kapazitäten in die Integration von Geflüchteten, die in Deutschland leben. Die Stuttgarter Hilfsorganisation STELP hilft mit ihrer Arbeit vor Ort dabei, dass Geflüchtete nahe der Grenzregionen ihrer Herkunftsorte leben und überleben können - bisher fast komplett ehrenamtlich und auf

VIELFALT & GEFLÜCHTETE

Spendenbasis. Diese fundamental wichtige Arbeit bedarf in den nächsten Jahren der finanziellen Förderung durch die Landeshauptstadt Stuttgart.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

VIELFALT & GEFLÜCHTETE



Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Aufstockung der Beratungsstellen für lesbische, schwule, bisexuelle und queere Menschen

Wir beantragen:

1. die Aufstockung um zwei 0,5 Stellen in der Beratungsstelle für lesbische, schwule, bisexuelle und queere Menschen im Rahmen des Kooperationsprojekts Weissenburg e.V./Fetz Frauenberatungs- und Therapiezentrum Stuttgart e.V. im DHH 2020/2021

Begründung:

Seit Bestehen der Lesben- und Schwulenberatung in Stuttgart sind die Anfragen an Beratung und Fachberatung sowie an Fortbildung und Vernetzung stetig gestiegen. Die Beratungsstellen können ihren komplexen Arbeitsaufgaben mit dem bisherigen Stellenumfang nicht ausreichend nachkommen. Eine Erhöhung der Stellenanteile für die Lesben- und Schwulenberatung um insgesamt eine Stelle ist notwendig, soll die Versorgung langfristig gesichert werden.

Die Beratungsstelle erhält in hohem Ausmaß Fortbildungsanfragen von Fachkräften aus der offenen Jugendarbeit und der Schule, wie beispielsweise von Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen. Die Beratungsstellen werden zudem von Ausbildungsstätten kontaktiert oder für Workshops in Verbände, lokale Fachzirkel und städtische Betriebe eingeladen. Auch sind die Beratungsstellen seit 2018 vermehrt als Workshopleitung für Fachtagungen und Fachberatung für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege angefragt worden.

Durch die große Nachfrage waren die Beratungsstellen in der Vergangenheit schnell überlastet. Gerade bei „schwierigen, eher unbequemen“ Themen braucht es jedoch die Sicherheit für Betriebe und Organisationen, dass Fortbildungen auch wirklich abgefragt

VIELFALT & GEFLÜCHTETE

werden können, wenn sie benötigt werden.

Vor-Ort-Angebote für Jugendlichen sind nötig, um das Beratungsangebot niedrigschwellig zu gestalten

Bevölkerungsgruppen mit besonderem Bedarf können bis dato kaum erreicht werden, bisherige Beratungsanfragen können nicht zeitnah beantwortet werden (bis zu vier Monaten Wartezeit für Erwachsene)

Bisher vernachlässigte Zielgruppen

- Senior*innen,
- Menschen in prekärer finanzieller Lage mit mehrfachen sozialen Problemen
- lesbische, schwule, bisexuelle und queere Einwohner*innen mit Migrationshintergrund
- Jugendliche aus traditionell-religiösem Umfeld
- Betroffene von psychischen Erkrankungen
- Menschen mit Handicaps geistiger und körperlicher Art
- rassistisch diskriminierte Gruppen
- traumatisierte Lesben und Schwule mit massiven Gewalterfahrungen
- geflüchtete schwule, lesbische und queere Personen mit und ohne Aufenthaltsstatus

Deutlich wird zudem:

Antidiskriminierungsarbeit – zugehende Beratung und Mediation für Angehörige / Familien und das schulische Umfeld sind bisher nicht möglich. Infoveranstaltungen zu schwierigen Themen im Bereich Gesundheitsverhalten und Gewalt sind bisher nicht umzusetzen.

Vernetzungsarbeit ist bei Querschnittsaufgaben unerlässlich, die kontinuierliche Teilnahme ist nicht gewährleiste.

Eine Aufstockung der Beratungsstellen von zwei 0,5 auf je 1,0 Stellen für die Beratung von lesbischen, schwulen, bisexuellen und queeren Menschen ist unerlässlich, um die oben genannten Tätigkeitsbereiche und passende, tragfähige und kontinuierliche Hilfen für Angehörige, Fachleute und Beratungsklient*innen garantieren zu können.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

VIELFALT & GEFLÜCHTETE



Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion
Fraktionsgemeinschaft Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Weiterführung des Projekts Regenbogen.Bildung

Wir beantragen:

1. das Projekt Regenbogen.Bildung im DH 2020/2021 mit Projektmitteln weiter zu fördern mit:
 - 1.1 0,5 Stellen für fachliche Begleitung der Bildungsarbeit mit LSBTTIQ-Jugendlichen
 - 1.2 zusätzlichen Sachkosten/Projektmittel (Kosten: 2750 € p.a.)

Begründung:

Das seit 2018 bestehende Kooperationsprojekt Regenbogen.Bildung wird von der Beratungsstelle Fetz e.V. sowie der Beratungsstelle Weissenburg e.V. begleitet. LSBTTIQ Jugendliche (Peers) führen Workshops an Schulen und in Jugendgruppen durch, um für ihre Lebenswelt und Lebenssituation zu sensibilisieren. Die starke und wachsende Nachfrage von Schulen und Jugendgruppen sowie die positive Resonanz von Lehrerinnen und Lehrern spricht für die dauerhafte Etablierung des Projekts.

Die pädagogische Fachkraft koordiniert dabei die Bildungsarbeit. Sie ist für die fachliche Begleitung des Projekts verantwortlich, entwickelt die Workshopmodule weiter, bietet Schulungen an und unterstützt die Teamer*innen in der Vor- und Nachbereitung. Darüber hinaus liegt die Netzwerks- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Kooperation mit Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe in der Hand der pädagogischen Fachkraft.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen und der guten Resonanz zum angewandten Peer-to-Peer Ansatz ist das Projekt Regenbogen.Bildung von zentraler Bedeutung. Die geleistete Aufklärungsarbeit ist ein wichtiger Baustein, um an Schulen und in Jugendgruppen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu arbeiten und gegen die Isolation von jungen LSBTTIQ Menschen zu wirken.

VIELFALT & GEFLÜCHTETE



Thomas Adler Hannes Rockenbach

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

VIELFALT & GEFLÜCHTETE



Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Beratungsangebote für transsexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen in Stuttgart aufbauen

Wir beantragen:

1. 1,0 Fachkraftstelle Sozialpädagogik (w/m/d), plus Sachkostenpauschale und Mietkostenanteil für Beratung und Begleitung von transsexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen im DHH 2020/2021

Begründung:

Transsexuelle, transidente und intersexuelle Menschen haben mit mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz und Diskriminierung zu kämpfen. Sie finden in Stuttgart bisher kein angemessenes professionelles Unterstützungsangebot. Ein Großteil der Diskriminierung und der Schwierigkeiten resultieren aus Unwissenheit der Betroffenen wie ihrer Umwelt und daraus resultierender Unsicherheit auf beiden Seiten.

Die Einrichtung einer Beratungsstelle soll diese Lücke schließen und eine adäquate Informations- und Beratungsstruktur schaffen, um Informationen zu vermitteln und passende Hilfen zu bieten. So sollen psychosoziale Krisen der Betroffenen und Angehörigen vermieden werden. Auch Fachleute, die mit dem Thema in ihrer alltäglichen Praxis befasst sind, sollen mit Expertise unterstützt werden können.

Mit der Stelle kann das Beratungsangebot für transsexuellen, transidenten, nicht-binären und intersexuellen Menschen und deren Angehörigen verbreitert werden:

- Einzelberatung von Jugendlichen, Heranwachsenden, Erwachsenen und Angehörigen, die sich mit Fragen der sexuellen Identität und Orientierung auseinandersetzen
- Psychologische Beratung / Paarberatung für Menschen mit Transsexualität,

VIELFALT & GEFLÜCHTETE

Transidentität und anderen geschlechtlichen Thematiken bei alltäglichen Schwierigkeiten und in Krisen (im Folgenden TTI)

- Beratung zu medizinischer Versorgung im Bereich TTI, Aufklärung über die Situation mit Wartezeiten für Therapieplätze, sowie über die Situation bezüglich der Behandlung in der Endokrinologie, Chirurgie, den Kontakt mit Krankenkassen und bezüglich weiterer Angeboten im Bereich geschlechtsangleichender Maßnahmen
- Beratung zu rechtlichen Themen im Bereich TTI, insbesondere vor dem Hintergrund der veränderten Rechtslage, u.a. durch Einführung eines weiteren Personenstands
- Verweisen auf Gruppenangebote, Selbsthilfe, Freizeit und Peer-Beratung im Bereich TTI in Stuttgart und Vernetzen der dort Agierenden untereinander
- Infoveranstaltungen, Supervision und Fortbildung für Fachkräfte aus der Jugendhilfe, dem Sozial- und Gesundheitswesen
- Mitarbeit in bestehenden Fachgremien z.B. Arbeitskreis der Stadt zu LSBTTIQ, Landesnetzwerk Baden-Württemberg, Unterarbeitsgruppen zu Alter / Jugend etc.

Auch die Selbsthilfegruppen in Stuttgart wünschen sich eine kompetente Ansprechstelle. Es gibt bereits eine große Nachfrage nach telefonischer oder persönlich stattfindender Peerberatung. Mit der Unterstützung von Menschen, die komplizierte soziale Problemlagen haben und vielfältige Hilfen benötigen, sind Ehrenamtliche jedoch häufig überfordert. Auch wurde der Wunsch geäußert, dass die Gruppen bei Konflikten unterstützt werden können und sich mit Vernetzungs- und Informationsanfragen an eine hauptamtliche Struktur wenden können.

Die ehrenamtlich Aktiven der Selbsthilfegruppen in Stuttgart haben sich deshalb zusammengeschlossen und unterstützen die Einrichtung einer Beratungsstelle für den TTI Bereich, damit sie an eine nicht-stigmatisierende, kompetente Einrichtung weiterverweisen können.

Die Selbsthilfegruppen in Stuttgart (Gendernauts, Queerdenker, Selbsthilfegruppen der KiSS Stuttgart sowie Intra, Beerberatung von 100% Mensch) fordern schon seit längerer Zeit die Einrichtung einer Beratungsstelle zum Thema TTI. Namentlich sind dies:

Auch die Organisationen und Gruppen

- GesundheitsLaden e.V.
- StuBi (für bisexuelle Frauen)
- VLSP* (Verband für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intersexuelle und queere Menschen in der Psychologie e.V.)
- tgbw (Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.)
- Dritte Option Stuttgart (ehrenamtliche politische Vertretung, keine Beratung)
- Fachkreis Trans Stuttgart (Austausch unter Fachpersonen)

befürworten die Einrichtung einer Beratungsstelle, da sie die langen Wartezeiten für begleitende Psychotherapie für Menschen mit TTI überbrücken und eine verlässliche Unterstützung des Ehrenamts bieten würde.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**MedMobil – Finanzierung und Erweiterung um MediA, Baustein 1:
Allgemeinmedizin**

Wir beantragen:

1. die Förderung zusätzlicher Fachkraftstellen (plus 0,1 Stellen) und zusätzliche Finanzierung der Betriebskosten im DHH 2020/2021 (Kosten: 2020: 38.000 € / 2021: 37.000€)
2. Zuschuss zur Erweiterung um MediA Baustein 1: Allgemeinmedizin mit 0,5 Stellen (Kosten: 2020: 43.000 € / 2021: 44.000€)
(GRDs 328/2019)
(Kosten für Punkt 1 und 2 gesamt: 2020: 81.000 € / Kosten 2021: 81.000 €)

Begründung:

Seit dem Beginn des Projekts 2009 weist das MedMobil steigende Zulaufzahlen auf (siehe GRDs 706/2018 „MedMobil – Sachstandsbericht“). Die medizinische Versorgung und medizinische Weiterverweisung, wie auch Beratung und Unterstützung für von Wohnungslosigkeit bedrohte oder betroffene Menschen bleibt notwendig und die Anzahl Bedürftiger nimmt zu.

In den Jahren 2018 und 2019 sind die anfallenden Aufwendungen erneut höher als der städtische Zuschuss. Insbesondere den weiterhin gestiegenen Fallzahlen und anfallende Dolmetscherdienstleistungen muss daher Rechnung getragen werden.

Mit einer Steigerung des Stellenumfangs um 0,1 Stellenanteile, von 2,0 auf 2,1 Stellen, können die gestiegenen Fallzahlen abgedeckt werden. Zusätzlich zu den Personal- und Sachkosten entstehen laut Finanzierungsplan der Ambulanten Hilfe Stuttgart e. V. im Jahr 2020 für das MedMobil weitere Aufwendungen für das Fahrzeug und dessen Einrichtung, für Honorarkräfte und Ehrenamtliche, für Medikamente und Verbrauchsmaterial sowie für Overheadkosten.

Die städtische Finanzierung der 2,1 Personalstellen durch die Personalkostenpauschale für Fachkräfte in der Wohnungsnotfallhilfe ergibt einen Zuschussbetrag in Höhe von 180.159 EUR. Für die restlichen Aufwendungen schlägt die Sozialverwaltung eine Pauschale in Höhe von 40.000 EUR/Jahr vor. Damit kann das Angebot auskömmlich finanziert werden.



VIELFALT & GEFLÜCHTETE

Als Anlaufstelle für Wohnungslose mit gesundheitlichen Problemen kooperiert das MedMobil eng mit dem Projekt MediA, einem bis Ende dieses Jahres von der Vector-Stiftung geförderten Kooperationsprojekt des Sozialamtes mit dem Caritasverband für Stuttgart e. V., dem Sozialdienst katholischer Frauen e. V. und der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e. V.

Das mit Ende dieses Jahres auslaufende Projekt ermöglichte Menschen in Wohnungsnot durch Begleitung und Vermittlung einen verbesserten Zugang in die - ihnen eigentlich zustehende - Regelversorgung des Gesundheitssystems (vgl. GRDRs 103/2019 „MediA – Medizinische Assistenz: Gesundheitliche Versorgung für Menschen in Wohnungsnot“).

Um auch ab dem Jahr 2020 das Projekt MediA mit seiner intensiven Einzelfallarbeit und Begleitung der Nutzer*innen in das Regelsystem zu ermöglichen, ist die dauerhafte Integration des Bausteins 1, Allgemeinmedizin, des Projekts MediA und damit die Schaffung zusätzlicher Personalressourcen beim MedMobil nötig.

Sowohl die Aufstockung für den Betrieb des MedMobil als auch die Angliederung des MediA Bausteins Allgemeinmedizin werden von Seiten des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration sozialplanerisch befürwortet und unterstützt. Damit würden eine weitere Verbesserung des Angebots und eine Weiterverweisung an das medizinische Regelsystem erreicht.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Wege aus der Armutspstitution – Weiterführung des Projekts Bella+ von Lagaya e.V. und Caritasverband Stuttgart e.V.

Wir beantragen:

Für die Weiterführung des Projekts Bella+ zur Beratung und Unterstützung von Frauen in der Armutspstitution übernimmt die Stadt Stuttgart ab dem 1. Januar 2021 die Finanzierung der folgenden Stellenanteile:

1. Lagaya e.V.

- a. erhält eine Stelle für eine Psychologin mit 25 % Stellenanteil einer Vollzeitkraft VZK (mit Muttersprache russisch/bulgarisch) und
- b. eine Stelle für eine Sozialpädagogin mit 25 % Stellenanteil einer VZK für aufsuchende Arbeit.

2. der Caritasverband für Stuttgart e.V.

- a. eine Stelle für eine Sozialpädagogin mit 60 % Stellenanteil einer VZK für aufsuchende Arbeit mit der Betreuung einer Ausstiegswohnung.

Begründung:

Das Projekt Bella+ ist für Frauen in Armutspstitution zu einer wichtigen Anlaufstelle geworden. Sie erhalten hier Hilfe und Beratung für unterschiedlichsten Problemlagen. Die Betroffenen konnten über Beratung und Hilfe mit diesem Projekt psychische Stabilisierung und Empowerment erfahren, sie erhielten konkrete Hilfestellung bei akuten Problemen, gesundheitliche, soziale und rechtliche Beratung. Sie wurden von hier gezielt an geeignete Anlaufstellen im Hilfesystem weitervermittelt und erhielten gegebenenfalls auch Unterstützung bei der Rückkehr ins Heimatland. Damit sollen ihnen Perspektiven und Möglichkeiten zum Ausstieg aus der Prostitution aufgezeigt werden.

Seit 2016 und noch bis Ende des Jahres 2020 wurde Bella bzw. Bella+ von Lagaya e.V. in Kooperation mit dem Gesundheitsamt und dem Sozialamt der Stadt Stuttgart sowie dem Caritasverband für Stuttgart e.V. und der Werkstatt Parität das Projekt Bella (ab 2019 mit Namen Bella+) erfolgreich durchgeführt. Sowohl das Sozialamt der Stadt Stuttgart wie auch das Gesundheitsamt befürworten eine Förderung dieses wichtigen Projekts.

VIELFALT & GEFLÜCHTETE

Nachdem das Projekt von 2019 bis einschl. 2020 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und EHAP, dem „Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen“ gefördert wurde, endet die EHAP-Förderung zum Ende des Jahres 2020 definitiv. Daher wird erst ab der zweiten Hälfte des Doppelhaushalts 2020/21, also ab dem 1.1.2021 Unterstützung erforderlich.

Thomas Adler Hannes Rockenbach

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Beratung für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution mit
Fluchthintergrund – Kooperationsprojekt von FIZ und AGDW unterstützen**

Wir beantragen:

1. Die Finanzierung von Personalressourcen für ein Kooperationsprojekt von den beiden Trägern Fraueninformationszentrum FIZ und der Arbeitsgemeinschaft eine Welt für die Beratung von Opfern des Menschenhandels und Zwangsprostitution mit Fluchthintergrund wie folgt
 - a. Die Schaffung einer 60-Prozent-Stelle zuzüglich der dafür benötigten Sachmittel, Dolmetscherkosten und Raumkostenanteile **beim Fraueninformationszentrum FIZ /vij e.V. für zwei Jahre** in Höhe von insgesamt **95 760 Euro**.

Haushaltsjahre	2020/21
60% Personalstelle	72.000 €
Verwaltungskosten 8%	5.760 €
Gebäudeunterhaltung (Arbeitsplatz, Beratungsraum)	4.000 €
Arbeitsplatzbezogene Sachkosten	2.000 €
Dolmetsch-Kosten	4.000 €
Beratungsbedarf, Betreuung Klientinnen, Fahrtkosten	2.000 €
Kosten für medizinische / psychologische Gutachten	6.000 €
Summe:	95.760 €

- b. Die Schaffung einer 60-Prozent-Stelle zuzüglich der dafür benötigten Sachmittel, Dolmetscherkosten und Raumkostenanteile bei der **Arbeitsgemeinschaft für**

VIelfalt & GEFLÜCHTETE

die eine Welt (AGDW) e.V. für zwei Jahre in Höhe von insgesamt **114 720 Euro**.

Haushaltsjahre	2020/2021
60% Personalstelle	84.000 €
Verwaltungskosten	6.720 €
Miete inkl. Beratungsraum	12.000 €
Arbeitsplatzbezogene Sachkosten	1.000 €
Dolmetsch-Kosten	6.000 €
Beratungsbedarf, Betreuung Klientinnen, Fahrtkosten zur Begleitung zu Anhörungen, Botschaften u.a.	5.000 €
Summe:	114.720 €

Begründung:

Frauen mit Fluchthintergrund und extremen Gewalterfahrungen erhalten in dem Kooperationsprojekt vom Fraueninformationszentrum beim vij e.V. und der AGDW e.V. psychosoziale Beratung und Krisenintervention. Mittels professionellem Casemanagements werden sie kompetent beraten und unterstützt, um ihre relevanten, frauenspezifischen Fluchtgründe darzustellen und stabilisiert zu werden. Daneben werden sie in Fragen der Strafverfolgung des Menschenhandels, bei Anzeigen sowie Gerichtsverfahren begleitet und sie erhalten Unterstützung und Schutz bei Bedrohung durch Menschenhandel.

Bei beiden Einrichtungen ist die Zahl von Mädchen und Frauen deutlich gestiegen, welche aus frauenspezifischen Gründen wie drohender Zwangsverheiratung oder Genitalverstümmelung geflüchtet sind, Vergewaltigung oder sonstige Gewalt erfahren haben, von Menschenhandel betroffen waren und Opfer der Zwangsprostitution wurden. Eine steigende Zahl kann nicht mehr beraten und begleitet werden, da die Kapazitäten ausgeschöpft und die Projektmittel ausgelaufen sind. Dies betrifft insbesondere afrikanische Frauen, die vor Genitalverstümmelung oder Zwangsheirat nach Europa geflüchtet sind und deren Asylverfahren häufig erst fünf bis sechs Jahre nach ihrem Asylantrag aufgerufen werden.

Zugleich steigt die Zahl der Beratungen, weil immer mehr Träger und auch städtische Einrichtungen Klientinnen an die beiden Träger verweisen.

Die beiden Träger (FIZ und AGDW) haben langjährige Erfahrung und Expertise im Bereich der Beratung von Migrant_innen bei Asylverfahren, Menschenhandel und Zwangsprostitution. Sie beraten diese Frauen, um Ihnen trotz traumatisierender Erlebnisse eine Zukunftsperspektive und Integration zu ermöglichen.

Die Beratung erfolgt in Deutsch, Englisch oder mittels Sprachmittlerinnen.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Weiterentwicklung und Erweiterung von STOP: Intervention, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit unter dem Dach der Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt

Wir beantragen:

1. **Für OB-ICG**

0,5 Stelle (EG 13) für die strategische Gesamtleitung, Gesamtkoordination und Steuerung von STOP (Intervention, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit) sowie 0,5 Stelle (EG 12) für Koordination und Planung Häusliche Gewalt und Geflüchtete, mit der Leitung von MiMis (Migrant*innen für Migrant*innen)

2. **für Frauen helfen Frauen e.V.** 0,6 Stellen, d.h. 59.000 EUR (2020), 60.000 EUR (2021)ff.

3. für **Sozialberatung Stuttgart e.V.** 0,6 Stellen, d.h. 51.000 EUR (2020), 52.000 EUR (2021)ff.

4. für **MiMi** (Migrant*innen für Migrant*innen) ein jährliches Budget von 20.000 EUR: für Honorarkräfte und Veranstaltungen.

Begründung:

Häusliche Gewalt findet als Gewalt in der Ehe, in Partnerschaften und/oder gegen Kinder und Jugendliche statt. Jede vierte Frau in Deutschland hat schon einmal körperliche Gewalt bzw. Übergriffe durch ihren (Ex-)Partner erlebt. Seit dem Jahr 2001 gibt es die Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt (STOP), die seither kontinuierlich von OB-ICG um notwendige Innovationen weiterentwickelt wurde. Häuslicher Gewalt als Beziehungsgewalt konnte so immer effizienter und umfassender begegnet werden. Aufzuführen sind zusätzliche Schwerpunkte wie Kinderschutz, Migrationshintergrund bei Tätern und Opfern, Täterinnenarbeit, männliche Opfer bei häuslicher Gewalt, Fair-Streit-Training, Paarberatung u.a.. Für die zukünftig notwendige umfangreiche Präventionsarbeit konnte im Rahmen eines von der Robert Bosch Stiftung geförderten Präventionsprojektes bei häuslicher Gewalt von 2013 bis 2018 eine umfassende Konzeption und Maßnahmenplanung erarbeitet werden (GRDRs 963/2018 „Prävention für Kinder und Jugendliche bei häuslicher Gewalt ‚Hinschauen-Erkennen-Handeln‘ im Rahmen von STOP“).



Das Interventionsverfahrens „Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt (STOP)“ soll **um die Handlungsfelder „Prävention“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ erweitert**

VIELFALT & GEFLÜCHTETE

und **dauerhaft implementiert werden und unter eine neue Gesamtkoordination gestellt werden**. Es zielt zudem auf eine zielgruppenspezifische Anpassung u.a. im Bereich Geflüchtete (MiMi).

Für die nachhaltige Fortführung der o. g. Formate und weitere Bearbeitung des Themengebiets Häusliche Gewalt und Geflüchtete/Migration sowie die Übernahme der Koordination der MiMis (Migrant*innen für Migrant*innen) in den Regelbetrieb – welche bisher über Drittmittel finanziert waren - sind zusätzliche Personalressourcen bei OB-ICG und ein jährliches Budget für die als Honorarkräfte beschäftigten MiMis notwendig.

Insgesamt sind für das Haushaltsjahr 2020 130.000 EUR und für 2021 Mittel in Höhe von 132.000 EUR erforderlich.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender